

Zu Punkt **6.5**
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes vom
30.11.2017



ANTRAG

an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich

am 30.11.2017

Wien, 09.11.2017

Rasche Einführung der „digitalen Betriebsstätte, als gerechte Grundlage zur Besteuerung der Erträge aus multinationalen Online-Aktivitäten!

Multinationale Online-Aktivitäten von Google, Facebook, Amazon & Co. erwirtschaften in Österreich mit Werbegeldern Millionengewinne, die allerdings nicht in Österreich versteuert werden.

Medien und werbetreibende Unternehmen mit Standort oder Niederlassungen in Österreich versteuern die Gewinne hingegen, wie gesetzlich klar vorgeschrieben, zahlen zusätzlich noch Werbeabgabe und leisten – neben der Schaffung von Arbeitsplätzen in Österreich – auch die dazugehörigen Lohnnebenkosten und Abgaben.

Es fließen zig tausende Euro an potentiellen österreichischen Steuergeldern an internationale Großkonzerne, ohne jegliche Wertschöpfung für den österreichischen Steuerzahler bzw. die österreichischen Unternehmen. Eine gerechte Besteuerung ist hier das Gebot der Stunde und erfordert rasches Handeln.

Erfassung der „Digitalen Betriebsstätte“ als gerechte, wettbewerbskonforme und Standort fördernde Maßnahme.

Die digitale Betriebsstätte ermöglicht die Erfassung von Gewinnen von Internetkonzernen, auch wenn diese keine „physische“ Betriebsstätte in Österreich haben, sondern eine reine

Online Präsenz aufweisen. Das ist Grundlage für eine gerechte und wettbewerbserhaltende Besteuerung aller in diesen Wirtschaftsbereichen.

Wie immer bei der Einführung von neuen Maßnahmen in Folge strukturellem Wandels, bedarf es auch hier der ein oder anderen althergebrachten und eventuell grenzüberschreitenden Regelung. Dies darf aber nicht Argument sein, notwendige Schritte nicht auch kurzfristig angehen zu wollen. Vielmehr ist es Herausforderung Neues im Sinne der Erfolge der österreichischen und europäischen Wirtschaft zu schaffen. Wenn eine Einigung auf EU-Ebene vorerst nicht in Sicht ist, muss Österreich umso mehr national handeln. Andere Länder tun dies bereits.

Nächstes Jahr rückt Österreich mit der EU-Ratspräsidentschaft in den politisch-thematischen Mittelpunkt Europas. Das Thema betrifft viele europäische Länder. Österreich kann somit rasch und federführend initiativ werden, um Lösungen zu erarbeiten.

Die Ausgaben für Werbung auf Facebook, Amazon & Co in Österreich steigen jedes Jahr und liegen Schätzungen zufolge bereits bei mehr als 50 Prozent der gesamten Digital-Spendings. Mit Einführung der digitalen Betriebsstätte sind daher jährlich steigende Einnahmen zu erwarten, die wiederum zur Stärkung der österreichischen Wirtschaft eingesetzt werden können.

Der SWV Österreich stellt daher folgenden Antrag und lädt alle Fraktionen des Wirtschaftsparlaments ein, diesen zu unterstützen:

Die Wirtschaftskammer soll sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass

- die Digitale Betriebsstätte als Grundlage einer fairen Besteuerung der grenzübergreifenden Erträge aus Online-Aktivitäten rasch eingeführt wird
- die Besteuerung so gestaltet wird, dass bestehende und diskutierte Werbesteuern obsolet und abgeschafft werden, und
- sie im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft 2018 engagiert Initiativen zur gerechten EU-weiten Besteuerung multinationaler Konzerne durch rasche Einführung der „Digitalen Betriebsstätte“ und Beseitigung eventueller „Hindernisse im europäischen Gleichklang“ setzt.



Abg./z. NR Dr. Christoph Matznetter
Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich



KommR Katarina Pokorny
*Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich*



KommR Dkkfm. Ing. Konrad Maric
*Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich*